

(Staatsminister v. Seydewitz.)

(A) zu beziehen haben und nicht auf der neuen Strecke über Pöckau-Lengsfeld.

Nun mag es richtig sein, daß durch das inzwischen von dem Überlandstromverbande Freiberg in Lichtenberg errichtete Elektrizitätswerk, das auch nach dem hier in Frage kommenden Landesteile elektrischen Strom abgeben wird, der Verkehr sich dort etwas beleben wird. Indessen wird die Entstehung von Großbetrieben dadurch kaum gefördert werden, da für diese der Betrieb mit elektrischer Kraft viel zu kostspielig ist. Auch darf nicht vergessen werden, daß dann, wenn die Kraft auf elektrischem Wege erzeugt und auf einer Leitung den Betrieben zugeführt wird, der Kohlenverkehr und somit auch in gewisser Weise das Bedürfnis für die Bahnanlage abnimmt. Auch sonst dürften, soweit das zu übersehen ist, die Voraussetzungen für das Zustandekommen von Großbetrieben kaum sehr günstig liegen. Für den Personenverkehr würde die Linie gewiß einige Vorteile bieten, insbesondere im Verkehr nach Marienberg und Freiberg, beides Städte, die als Sitz von Behörden in Betracht kommen. Dies allein könnte indessen die Aufwendung so erheblicher Mittel nicht rechtfertigen.

(B) Schließlich ist aber anzuerkennen, daß es sich um eine Bahn handelt, die ein großes, ausgedehntes Gelände durchzieht, das doch vielleicht durch den Bahnbau etwas gehoben werden kann. Ich möchte nochmals wiederholen: im Gegensatz zu der kurzen Strecke zwischen dem Bahnhofe Schönfeld-Wiesa und dem Ende der von der Regierung geplanten Verlängerung der Annaberger Güterbahn, einer Strecke, die eben nach dem von der Deputation vertretenen Projekt sehr steil werden würde und eine Ansiedelung nicht erwarten ließe, liegt es bei einer Bahn Großhartmannsdorf-Pöckau-Lengsfeld anders. Jedenfalls hat sich die Regierung bereit erklärt, die Bauwürdigkeit der Bahn noch weiter zu erörtern, und sie hat sich in diesem Sinne mit der Überweisung zur Kenntnisnahme einverstanden erklärt.

Dabei kam auch in Betracht, daß die Interessenten sich zu namhaften baren Beiträgen außer dem Areal bereit erklärt hatten, wobei man allerdings den Zweifel nicht unterdrücken kann, ob es den Gemeinden möglich sein wird, den großen Betrag von 60.000 M. außer dem Areal wirklich aufzubringen.

Nach Meinung der Regierung würde es völlig den Verhältnissen entsprechen, wenn die Petition in dem angegebenen Sinne der Regierung für die ganze Linie zur Kenntnis überwiesen würde. Es sind eben noch Erörterungen darüber anzustellen, ob wirklich

die Hebung der Gegend durch den Bahnbau zu erwarten ist, ob Aussicht besteht, daß Ansiedelungen in größerem Umfange stattfinden werden, und eben für solche Fälle ist die Abgabe zur Kenntnisnahme die richtige Beurteilung. Die Regierung kann daher der Erwägung nicht ohne weiteres zustimmen. Gleichwohl beabsichtigt sie, wie schon gesagt, auf jeden Fall Erörterungen über die Aussichten der Bahn anzustellen, und ich würde mich sehr freuen, wenn bei einer etwaigen Vereisung im Laufe des Sommers der Herr Abg. Heymann die Güte hätte, die Regierungskommissare auf die Vorteile hinzuweisen, die diese Bahn der dortigen Gegend und dem ganzen Lande bringen würde, und vielleicht zu erweisen, daß in der Tat ein bauwürdiges Projekt vorliegt, dem die Regierung zu gegebener Zeit näher treten könnte.

Präsident: Der Herr Abg. Heymann hat das Wort.

Abg. Heymann: Meine Herren! Nur noch ein Wort! Se. Excellenz der Herr Finanzminister sagte u. a., daß durch die Weiterführung der Linie Eppendorf-Großwaltersdorf zugleich einem Teile der dortigen Gegend mitgeholfen wäre. Ich bin selbst Berichtserstatter über diesen Titel gewesen. Ich habe ganz gern damals über das geschwiegen, was früher schon vom Regierungstische ausgesprochen wurde. Aber damit ist keinesfalls auch nur einem ganz und gar geringen Teile gedient; ich wüßte nicht, inwiefern. Ich wollte dies nur nicht ganz unwidersprochen lassen.

Präsident: Die Debatte ist geschlossen. Der Herr Berichtserstatter!

Berichtserstatter **Abg. Nitzsche** (Leuzsch): Der Herr Finanzminister hat ausgeführt, daß der Sinn der Kenntnisnahme sei, zu veranlassen, daß Erörterungen stattfinden haben, und daß er aus diesem Grunde nur geneigt wäre, die Petition zur Kenntnisnahme entgegenzunehmen. Wir haben vor zwei Jahren diese Petition zur Kenntnisnahme überwiesen, und ich meine, es wäre in der Zeit Gelegenheit gewesen, Erörterungen stattfinden zu lassen. Meine Herren! Wenn wir die Leute wieder auf zwei Jahre vertrösten, dann kommen wir überhaupt nicht vorwärts. Der Grundgedanke, warum wir das eine Stück zur Erwägung gegeben haben, ist der, die Sache zu fördern. Aber ich glaube, wir haben dem Herrn Finanzminister durchaus nicht vorgegriffen, denn aus seinen Worten habe ich geglaubt entnehmen zu dürfen, daß er dem ganzen Projekt wohlwollend gegenübersteht.